



Einwohner der georgischen Hauptstadt Tiflis demonstrieren bei einer Friedenskundgebung ihre Solidarität mit der Ukraine.

FOTO: VANO SHLAMOV / AFP

„All das ist ein Nervenspiel“

Die georgische Präsidentin Salomé Surabischwili spricht darüber, wie ihr Land gelernt hat, mit Russlands Aggressionen umzugehen. Und warum es trotz der unmittelbaren Bedrohung am EU-Beitrittswunsch festhält

INTERVIEW: DANIEL BRÖSSLER
UND FRANK NIENHUYSEN

In der Mitte des Zimmers ist die georgische Fahne drapiert, der Blick fällt auf den Berliner Tiergarten. Salomé Surabischwili ist seit 2018 Georgiens Präsidentin und musste dafür ihre französische Staatsbürgerschaft abgeben. Sie stammt aus einer georgischen Emigrantenfamilie, wurde in Paris geboren, war Jahrzehnte lang französische Diplomatin. Dann ging sie ins Land ihrer Vorfahren zurück.

SZ: Ihre Familie ist vor 100 Jahren vor der Roten Armee nach Frankreich geflüchtet. Könnte es sein, dass auch Sie demnächst flüchten müssen?

Surabischwili: Wer kann das schon vorher sagen? Aber wir sollten uns nicht von der Vorstellung beherrschen lassen, dass es noch eine russische Invasion in Georgien geben könnte. Wir haben gelernt mit verschiedenen Arten russischer Aggression zu leben, aber das hat uns nicht vom Kurs europäischer und transatlantischer Integration abgebracht.

Haben Sie keine Angst, dass es Georgien als Nächstes treffen könnte? Ihr Land will in die Nato, Russland will das verhindern. Es könnte als Nächstes an der Reihe sein, das fürchten alle. Aber ich halte das nicht für das wahrscheinlichste Szenario.

Ihr ukrainischer Kollege Wolodimir Selenskij hat oft betont, dass die Ukrainer ganz Europa verteidigen. Kämpfen die Ukrainer auch für Georgien?

Sicher. Man hatte ja gedacht, Kiew könne nur drei Tage standhalten. Die Ukraine hat bewiesen, dass Russland nicht alles gewinnt. Sie hat außergewöhnlichen Widerstand gezeigt. Das allein hat Russland geschwächt. Russland ist zwar noch nicht völlig geschwächt, aber es wird in Zukunft ein anderes Russland sein.



Salomé Surabischwili, 70, war Frankreichs Botschafterin in Tiflis, seit vier Jahren repräsentiert sie Georgien als Staatschefin. Sie will den Kaukasus-Staat in die Nato und in die EU bringen.

FOTO: LUDOVIC MARIN / AFP

Könnte sich Georgien überhaupt verteidigen? 2008 hatte es einer schlecht aufgestellten russischen Armee wenig entgegenzusetzen. Ist das jetzt anders?

Die Lage bei uns ist völlig anders als in der Ukraine. Das gilt für Bevölkerung, militärische Stärke und Landesgröße. Wir müssen

uns verteidigen so lange wir können, bis Unterstützung von außen käme. Auch wenn wir besser aufgestellt sind als 2008.

Wissen Sie, was Putin erreichen will?

Putins Ziel ist sehr altmodisch: die Sowjetunion zurückzuerlangen. Es ist Imperialismus, eine Vision von einer Welt, in der Russland eine zentrale Rolle spielt. Und das bezieht den früheren sowjetischen Raum ein. Aber ich glaube, Russland begreift, dass es mit Georgien keine gemeinsame Kultur, Sprache und Geschichte hat.

Deutschland debattiert gerade sehr heftig über die bisherige Russland-Politik. Trägt es Mitverantwortung für die imperialistische Entwicklung in Russland?

Nicht für die imperialistische Entwicklung. Deutschland und der Westen haben aber nicht wirklich verstanden, wie sehr das ein Teil der russischen Vision ist. Das kann man nicht einfach ändern: diese Identität, die anderen fremd ist, dass Russland einen Drang zur Expansion empfindet.

Deutschland hat sich Illusionen gemacht?

Nicht nur Deutschland, auch Frankreich. Es war eine ziemlich demokratische Illusion: Du willst, dass die anderen so sind wie du. Demokratien sorgen sich vor allem immer um ihre innere Entwicklung. Wohingegen für Russland historisch gesehen innere Entwicklungen egal sind. Was zählt, ist

Expansion. Wie schaffst du es, Macht zu gewinnen und sie zu erhalten?

Nach Russlands Fünf-Tage-Krieg 2008 gegen Georgien wollten Deutschland und andere schnell zur Tagesordnung mit Russland zurück. War das ein Fehler?

Der Krieg gegen Georgien war sehr kurz. Das verleitete dazu, schnell zur Normalität zurückzukehren. Das war ein generelles Problem der westlichen Staaten, die USA eingeschlossen. Deutschland unterschied sich von anderen dann allerdings darin, dass es eine besonders starke Abhängigkeit von Russland entwickelt hat.

Selenskij gibt Ex-Kanzlerin Angela Merkel sogar eine Mitverantwortung am Krieg in der Ukraine. Teilen Sie die Sicht? Verantwortlich ist Russland. Wir sollten die Verantwortung nicht teilen. Es gab sicher strategische Fehler.

Und jetzt: Tut Deutschland genug, um die Ukraine zu unterstützen?

Dass Deutschland seine Politik so schnell verändert, ist außergewöhnlich. Das gehört zu den Dingen, die Putin nicht vorhergesehen hat. Er hat vermutlich gedacht, dass es Risse bei den Europäern geben und Deutschland und Frankreich zurückhalten werden. Und dass die USA weniger präsent sein würden nach dem Rückzug aus Afghanistan. Alle seine Annahmen waren falsch.

Was erwartet Georgien nun von Deutschland? Waffenlieferungen?

Wir sind nicht in derselben Lage wie die Ukraine. Es wäre schwer, Widerstand zu leisten. Schauen Sie auf die Karte: Russland hat um Georgien herum große Militärstützpunkte: zwei in den besetzten Gebieten, einen im Nordkaukasus und einen in Armenien. Hinzu kommt die Schwarzmeerflotte. Das heißt nicht, dass für Georgien nichts getan werden kann. Ja, ein paar Waffen mehr zur Selbstverteidigung. Aber die größte Hilfe wäre Unterstützung auf dem Weg in die EU und in die Nato.

Die Nato hat 2008 wie der Ukraine auch Georgien eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Halten Sie trotz der russischen Drohungen am Beitrittswunsch fest?

Die EU und die Nato sind Georgiens ultimative Antwort auf alle diese Drohungen. In den neuesten Umfragen ist die Unterstützung dafür noch mal deutlich gestiegen.

„EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: Ihr seid einer von uns.“

Die georgische Regierung scheint derzeit große Rücksicht auf Russland zu nehmen und verweigert sich Sanktionen gegen Russland. Wie erklären Sie das den Menschen in der Ukraine?

Das stimmt nicht. Georgien trägt alle internationalen Sanktionen mit, etwa bei Swift. Was die Regierung gesagt hat, ist, dass sie keine zusätzlichen eigenen Sanktionen verhängt. Sie haben recht, dass die Kommunikation der Regierung nach außen etwas vorsichtig ist, weil wir bereits zwei von Russland besetzte Gebiete haben und dort bereits über Referenden und über eine mögliche Annexion durch Russland geredet wird. All das ist ein Nervenspiel. Ich denke, dass die Regierung Russland nicht provozieren will.

Haben Sie das Gefühl, dass Deutschland einen Nato-Beitritt Georgiens unterstützt?

Ich weiß nicht. Wir sehen in der EU eine Beschleunigung des Erweiterungsprozesses. Das wird auch von Deutschland unterstützt.

Wir fragten aber nach der Nato.

Ich weiß nicht, ob es da ebenfalls eine Art Politik der Umarmung gibt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: Ihr seid einer von uns. Das ist das, was wir brauchen. Eine solche Haltung würden wir uns von Deutschland auch beim Nato-Beitritt wünschen: vielleicht nicht eine Mitgliedschaft morgen früh. Aber sicher positiv.

Georgien hat vor einigen Wochen recht spontan einen Aufnahmeantrag an die EU geschickt. Warum nun diese Eile? Eigentlich war das für 2024 geplant.

Im Jahr 2024 die Kandidatur einzureichen, war der Plan, um uns selbst eine Perspektive zu geben, die uns die EU nicht gab. Seit dem EU-Assoziierungsabkommen, der Visaliberalisierung ist nicht viel passiert. Die EU hat uns keine klare Aussicht angeboten, die ausgereicht hätte, um die Bevölkerung zu mobilisieren. Wegen des Ukraine-Kriegs gibt es plötzlich das Verständnis in der EU, dass man den wartenden Ländern eine klarere Perspektive geben muss. Das hat die Ukraine, Moldau und Georgien bestärkt, zu kandidieren.

Russland bleibt Georgiens Nachbar: Wie stellen Sie sich eine Nachbarschaft künftig vor?

Das ist leicht zu sagen. Normale Beziehungen zwischen zwei Nachbarn, falls wir in Russland eine grundlegend veränderte Weltsicht sehen. Vielleicht wird dieser Krieg dazu führen.

Ist das mit Putin möglich?

Ich denke nicht.